

nicht gefördert wird und deshalb auch keineswegs als auf Dauer bestehend vorausgesetzt werden kann. Ob aber gerade die Regierung unter *Silvio Berlusconi* solche Reformen durchsetzen wird, zu deren Scheitern der heutige Ministerpräsident nicht unerheblich beitrug, scheint zumindest unsicher, wenngleich die Regierungsbeteiligung der Lega Nord vielleicht zu einer Verstärkung der Bemühungen um föderale Reformen führen könnte. Mit diesen Einschränkungen wird man aber sagen können, dass sich die Entwicklung zu einem bipolaren, wenngleich stark fragmentierten Parteiensystem fortgesetzt hat und eine weitere Stabilisierung jedenfalls möglich erscheint.

Reimut Zohlnhöfer

Die dritten Parlamente der Esten, Letten und Litauer

In den baltischen Staaten wurden zwischen Herbst 1998 und Herbst 2000 die dritten freien Wahlen zu Parlamenten, die diesen Namen seit der Unabhängigkeit im Jahre 1991 verdienen, durchgeführt. Schwieriger denn je erweist sich die gemeinsame Behandlung der Staaten der geographischen Region „Baltikum“. Im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen gilt Estland als Musterschüler. Die südlichen Nachbarn, Lettland und Litauen, nehmen sich dagegen als Problemfälle aus. Lettland wird immer wieder für die gebremste Privatisierung wie auch für Korruption auf höchster politischer Ebene von westlichen Organisationen kritisiert. Die politischen Kulturen und Systeme der drei baltischen Republiken haben sich im Laufe der zehn Jahre nach der Unabhängigkeit zur „Vielfalt trotz ähnlicher Geschichte“¹ auseinander entwickelt². Das ist inzwischen sogar auf den ersten Blick festzustellen.

1 Vgl. *Katrin Mattusch*, Vielfalt trotz ähnlicher Geschichte Die drei baltischen Staaten und ihre unterschiedlichen Parteiensysteme, in: *Dieter Segert* (Hrsg.), Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin 1996, S. 93 – 118.

2 Vgl. *Axel Reetz*, Wahlen im Baltikum seit 1990. Parlamente in den Paradoxien der Selbstbestimmung, in: Sonderband der Zeitschrift für Parlamentsfragen 1995, S. 300 – 324; *Axel Reetz*, Demokratische Transformation im Baltikum, in: *ZParl*, 30. Jg. (1999), H. 4, S. 924 – 955; *Axel Reetz*, Faktoren der Entwicklung der baltischen Parteiensysteme, in: *Beate Neuss/Peter Jurczek/Wolfram Hilz* (Hrsg.), Entwicklungsstrategien in Nordosteuropa – Baltikum und Finnland, Tübingen 2000, S. 15 – 41; *Axel Reetz*, Politiku var ignoret, tacu no tas neizbegt, *Diena* 27. Februar 2001; *Axel Reetz*, Staatsaufbau und Demokratisierung im Baltikum. Erfolge und Defizite; www.systemwechsel.com; *Axel Reetz*, From Personality to Anti-coalition, Manuskript 2001.

1. Estland 1999

1.1 Mehr Kontinuität als Brüche

Im Vorfeld der Wahlen von 1999 wurde erneut eine Gesetzesänderung wirksam, nach der für die offizielle Registrierung einer Partei mindestens 1.000 Mitglieder erforderlich waren. Gleichzeitig wurde das Kandidieren in einer Koalition untersagt; jede Partei musste nun unter ihrem eigenen Namen antreten. Folglich fanden verschiedene Konsolidierungen und Vereinigungen statt. Es verschwanden die Landunion und die Familien- und Rentnerpartei, die zur Allianzpartei stießen. Die Moderaten traten nun nicht mehr als Koalition aus Sozialdemokraten und der Land-Zentrumspartei, sondern als eigene Partei auf. Sie schluckten die winzige Volkspartei des Exilisten *Toomas Hendrik Ilves* und nennen sich nunmehr Moderate Volkspartei, während zur russischen Vereinigten Volkspartei die Russische Einheitspartei und die Sozialdemokratische Arbeitspartei stießen³.

Dennoch oder gerade deshalb darf behauptet werden, dass sich die in den vorherigen Parlamenten vertretenen Parteien – trotz vieler Änderungen – weitgehend etabliert hatten. Nahezu unverändert waren die Allianzpartei und die Landvolk Partei, die 1992 als Sicheres Heim angetreten waren und sich 1995 KMÜ nannten. Auch die Zentrumspartei hatte mit Teilen der Grünen und der Unternehmerpartei wenig Veränderung erfahren. Einzig trennten sich 1996 einige Politiker von der *Savisaar*-Partei und gründeten die – allerdings erfolglose – Entwicklungspartei.

Seit dem Sieg von Vaterland 1992 sind die liberalen Marktreformenten in Estland so populär, dass die radikale Reformpolitik keinen ernstzunehmenden Gegner hat – wahrscheinlich nicht einmal in der Person des ewig oppositionellen *Edgar Savisaar*. „Mehr noch – im Moment gibt es in unserer Gesellschaft keine politische nennenswerte Kraft, die diesen Erfolgsweg grundsätzlich gegen etwas anderes austauschen könnte oder wollte“, resümiert *Rein Toomla* und gibt zu bedenken, gleichzeitig sei die Frage nach der Nationalität aus dem Bewusstsein der estnischen Gesellschaft verschwunden⁴.

1.2 Russische Parteien

Betrachtet man das Parteiensystem, lässt sich kaum ein ethnischer Cleavage in starker Ausprägung finden. Dennoch hat sich eine russische Fraktion behaupten können, deren Vertreter allerdings spätestens seit den Kommunalwahlen im Herbst 1999 ideologisch gespalten sind. Ein Teil im Tallinner Stadtrat unterstützt die konservativ-liberale Koalition. Dagegen konnten auch Versuche eines Misstrauensvotums nichts ausrichten.

3 Vgl. *Rein Toomla*, Eesti erakonnad liiguvad hoogsalt ühenäolisuse poole, Postimees 1. Februar 1999.

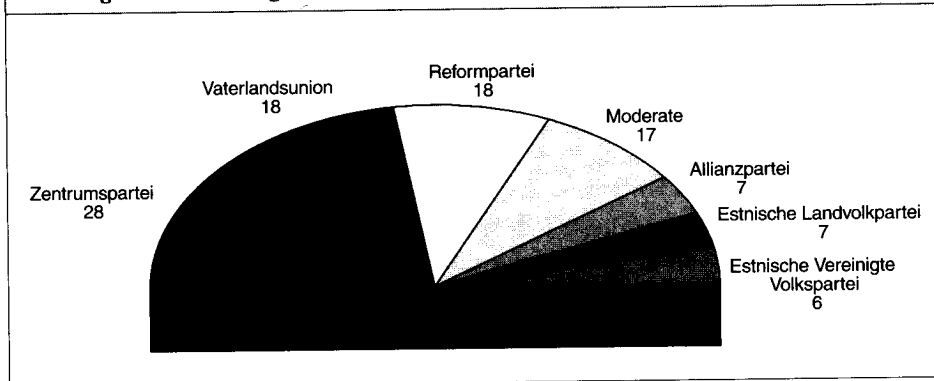
4 Vgl. *Rein Toomla*, Eesti erakonnad liiguvad hoogsalt ühenäolisuse poole, Postimees 1. Februar 1999. Das Zitat im Original: „Veelgi enam – hetkel ei ole meie ühiskonnas ühtki arvestatavat poliitilist jõudu, kes tahaks ja suudaks seda arenguteed välja vahetada pohimtotteliselt mingi muu vastu.“ Vgl. auch *Undine Bellow*, Politisches und Rechtssystem Estlands, in: *Heike Graff Manfred Kerner* (Hrsg.), Handbuch Baltikum heute, Berlin 1998, S. 110.

Ein Vorteil für die russischen Parteien hätte sein müssen, dass im Laufe der vergangenen Legislaturperiode zwischen 1995 und 1999 die bei nur rund 1,5 Millionen Einwohnern große Zahl von 94.000 neuen Wahlbürgern aus den russischen Bevölkerungskreisen hinzugekommen war, davon 32 Prozent in Tallinn und 33 Prozent in Ida-Virumaa, wo die große Mehrheit der Nicht-Esten lebt. Als problematisch erwies sich jedoch, dass sich die russischen Parteien nicht auf eine Liste einigen konnten wie noch 1995. Die Vereinigte Volkspartei Estlands kandidierte schließlich gemeinsam mit der aus den Kommunisten hervorgegangenen Arbeitspartei, während die Russische Partei in Estland allein antrat. Dabei gelang es auch der vereinigten Liste nur bedingt, die Russen wirklich anzusprechen. *Savisaars* Zentrumspartei war bei der Werbung um diese Wähler ebenso erfolgreich. Beide russischen Parteien erreichten jedoch gemeinsam in Ida-Virumaa immerhin über 60 Prozent der Stimmen⁵.

1.3 Wahlergebnis und Bildung der „Dreierkoalition“

Das wesentliche Ergebnis der Wahl von 1999 war sicherlich, dass sich die klare Abwahl der bisherigen Regierung wie schon 1995 wiederholte. Die Allianzpartei schrumpfte von 41 auf sieben Mandate, wenn auch die diesmal separat antretende Landvolkspartei ebenfalls sieben Mandate erreichte. Sonst aber war das Ergebnis alles andere als eindeutig. Größter Sieger war trotz aller Skandale während der letzten Legislaturperiode *Edgar Savisaar*. Dem relativen Sieg der Zentrumspartei stand jedoch der überraschend deutliche Erfolg der drei liberalen Parteien gegenüber.

Abbildung 1: Sitzverteilung im estländischen Parlament 1999



Da die Vaterlandsunion unter der erneuten Führung des früheren Ministerpräsidenten *Mart Laar* knapp vor der Reformpartei des aus der Koalition mit der Allianzpartei ein Jahr vorher ausgeschiedenen Ex-Außenministers *Siis Kallas* lag, konnte *Laar* seine zweite Regierung bilden. *Kallas* wurde, obwohl seine Partei die zweitstärkste in der Koalition ist, Finanzminister und überließ das Auswärtige Amt dem Exilisten *Toomas Hendrik Ilves*, welcher auch – damals allerdings partei-

⁵ Vgl. *Eiki Berg*, Vene erakonnad 1999. aasta märtsivalimistel; in: Riigikogu valimised 1999, Tartu 1999, S. 63, 68, 70.

los – unter *Tiit Vähi* und *Mart Siimann* von der Allianzpartei dasselbe Amt bekleidet hatte. Für *Ilves* stand der Regierungschef der Übergangsregierung von 1994, *Andres Tarand*, von den Moderaten zurück und ging als Vorsitzender des Koalitionsausschusses überhaupt nicht in die Regierung. Da die drei Koalitionsparteien Vaterlandsunion, Reformpartei und Moderate annähernd gleich stark sind, wurde in der Presse schnell der Begriff „Dreierkoalition“ geboren.

Wieder Regierungschef, wertete *Mart Laar* die Leistungen seiner ersten Regierung kritisch: Man habe zu viel voller Selbstüberzeugung gestritten. Diesmal würden die Streite im Koalitionsvertrag ausgetragen und das einmal Beschlossene auch umgesetzt. Seine Regierung werde die volle Legislaturperiode durchstehen⁶. Da es ohne die Partei *Savisaars* kaum eine andere Mehrheit im Parlament gibt, konnte diese Prognose als begründet gelten, denn *Savisaar* war bei den Liberalen wegen seiner angeblichen „Russenfreundlichkeit“ und seines Hangs zu staatsinterventionistischer Politik nicht nur programmatisch schwierig, sondern wegen des Skandals von 1995 auch politisch *persona non grata*. Der estnische Politologe *Rein Toomla* widerspricht *Laar* allerdings. Die in Riigikogu vertretenen politischen Kräfte ähnelten einander sehr, aus dem Rahmen falle bestenfalls teilweise die Vereinigte Volkspartei. Kontinuität kennzeichne außerdem die Regierungspolitik von *Laar* bis *Siimann*⁷. Das ist zwar nicht zu leugnen, und die Moderaten sind außerdem auch inhaltlich von der Zentrumspartei deutlich weniger weit entfernt als die meisten anderen Parteien. Aber in den ersten beiden Regierungsjahren hat dies weder auf nationaler Ebene noch in den politisch wichtigen Stadträten der Hauptstadt Tallinn und der Universitätsstadt Tartu genügt, um die Regierung in ernste Gefahr zu bringen. Dies geht auch aus einem Interview mit *Mart Laar* über Koalitionsmöglichkeiten hervor. Darin heißt es, da *Edgar Savisaar* die Zentrumspartei führe, komme diese als Partner nicht in Frage⁸.

1.4 Konsolidierung der Macht versus ewige Opposition

Ein gutes halbes Jahr nach den Wahlen zu Riigikogu wurden die Kommunalparlamente ebenfalls neu gewählt. Wie in vielen anderen Demokratien auch gelten Lokalwahlen als Test, regionale Parlamente werden von der nationalen Ebene politisiert, was in einem kleinen Land wie Estland in Ermangelung größerer Gebietskörperschaften die Rathäuser der beiden wichtigen Städte Tallinn und Tartu trifft.

Im Herbst 1999 gewann die Dreierkoalition auch hier, wenn auch bei weitem nicht so überzeugend. Koalitionen konnten in beiden Städten gebildet werden. In Tallinn ist die Mehrheit jedoch knapp, die Dreierkoalition braucht zusätzlich Stimmen, welche sie zunächst von der einen russischen Fraktion erhielt und nach einem knapp gewonnenen Misstrauensvotum von der anderen. Seit der stellvertretende Bürgermeister von der Reformpartei jedoch wegen eines Korruptionsfalles unter Druck geraten ist, fordert Bürgermeister *Jüri Mois* von der Vaterlandsunion, die Zustimmung zu einer Koalition mit *Savi-*

⁶ Vgl. *Urmas Paet*, Mart Laar opib eelmise valitsuse ajal tehtud vigadesti, Postimees 5. März 1999.

⁷ Vgl. *Raivo Palmaru*, Sada päeva, mis ei vapustanud kedagi; in: Luup Nr. 13 (96), 28. Juuni 1999.

⁸ Vgl. *Urmas Paet*, a.a.O.

saars Zentrumsparterie zu geben. Doch dazu werden weder seine Partei noch die Partner die Hand geben. Der unter Druck geratene Bürgermeister wird zurücktreten müssen. In den vorangegangenen Jahren sind vor allem westliche Medien nicht müde geworden, Estland für den Erfolg der radikalen Reformpolitik zu gratulieren, deren Vater letztlich *Mart Laar* ist. Umso positiver schien es, dass die Wahlen 1999 die Regierung von *Wende-Kommunisten* durch die wahren Reformer abgelöst hatte und *Mart Laar* erneut die Regierungsgeschäfte führte.

1.5 Krisen und Skandale

Dieses positive Bild wird von örtlichen Beobachtern nicht immer geteilt. Die politische Zeitschrift „Luup“ sieht in dem Optimismus nicht zu Unrecht eher einen Mythos. Seit der „singenden Revolution“ gefielen sich die politischen Führer darin festzustellen, wie nahe Estland den westeuropäischen Staaten schon gekommen sei: Demokratie und freie Gesellschaft seien eingeführt, ja in manchen Bereichen habe man den Westen gar schon überholt. Aber wie passe damit zusammen, dass von den wenigen Bürgern, die noch an die Urnen zu locken sind, ein Viertel für den Autoritarismus und die starke Hand stimmten? Gemeint ist freilich *Savisaar*. Eher zeigten die Ergebnisse der Wahl von 1999, so die hier vorgetragene Interpretation, dass die in Politik und Medien verbreitete Euphorie ein kultivierter Mythos sei. 1992 habe der Liberalismus nicht gewonnen, sondern es wurde alles gewählt, was gegen die Sowjetunion war. Marktwirtschaft klang nach freiem Estland. 1995 gewannen die alten Kader, die einfach dem Wahlvolk das Blaue vom Himmel herunter versprochen. Dass nun wieder die alten Marktwirtschaftler an der Macht sind, sei nicht ein Erfolg eines Lernprozesses, die Esten seien nicht klüger geworden. Nach vier Jahren Korruptionsskandalen hätten sie nur wieder neue Gesichter sehen wollen⁹.

Gegen diese Sicht spricht, dass der Sieg der Dreierkoalition nur relativ ist, einzeln sind alle Parteien schwach – und: Ist der Wunsch nach neuen Gesichtern nicht in jeder Demokratie virulent? Ganz abgesehen davon, dass die Gesichter mitnichten neu waren. Freilich steht die estnische Erfahrung im Einklang mit der Tendenz im gesamten Osteuropa, dass einstweilen amtierende Regierungen offensichtlich noch keine Wahlen gewinnen können.

Abgesehen von der auch in dieser Legislaturperiode enttäuschten Hoffnung, das Lebensniveau der breiten Massen werde sich entscheidend bessern, gibt es noch einen weiteren Grund zu der Annahme, dass die nächsten Wahlen erneut einen Wechsel bringen werden. Die zweite Regierung *Laar* hält zwar gut zusammen, nach zwei Jahren wurde noch nicht ein Minister ausgetauscht, doch die Exekutive hat sich mit der Bahnprivatisierung übernommen. Einzelne Minister stehen unter schweren Vorwürfen.

⁹ Vgl. *Holger Berg/Sven Vabar*, Potjomkini küla keset küla; in: Luup Nr. 7 (90), 5. April 1999.

1.6 Präsidentschaftswahl: *Arnold Rüütel*

Die Präsidentschaftswahl 2001 wurde mit besonderer Spannung erwartet, weil der Amtsinhaber, ein anerkannt guter Präsident, nicht wieder kandidieren konnte. Dabei waren zwei Aspekte bedeutend:

Einerseits präsentierte die größte Fraktion in Riigikogu mit *Peeter Kreitzberg* keinen Kandidaten, dem ein Sieg zuzutrauen gewesen wäre. *Savisaar* wusste, dass er selbst noch weniger Aussichten hatte. Gleichzeitig konnte sich die Regierungskoalition aber auf keinen gemeinsamen Kandidaten einigen. Die Moderaten waren schon 1999 in den Kommunalwahlkampf gegangen mit der Losung, *Andres Tarand* möge Nachfolger *Meris* werden. Die Reformpartei nominierte ihrerseits den Parlamentspräsidenten *Toomas Savi*. In der Vaterlandsunion konnte schon innerparteilich keine Einigkeit erzielt werden. *Tunne Kelam* galt vielen als zu alt und konservativ, nicht zuletzt, weil er der ERSP entstammt. Knapp konnte sich anlässlich eines Parteitages dann *Peeter Tulviste*, ein früherer Professor der Universität Tartu durchsetzen, dessen Intellektualität ihn sicher auch zum würdigsten Nachfolger *Meris* gemacht hätte. Aber gleichzeitig war absehbar, dass das Parlament keine Mehrheit für einen der Kandidaten finden würde und somit die Delegierten der Landkreise eine gewichtige Rolle spielen würden. Daher auch zwei Jahre zuvor die Kampagne der Moderaten. Überraschend war dann allerdings *Tarands* Rückzug kurz vor der Entscheidung.

Im ersten Wahlgang erhielten *Arnold Rüütel* 114, *Savi* 90, *Tulviste* 89 und *Kreitzberg* 72 Stimmen, damit kamen *Rüütel* und *Savi* in den entscheidenden Wahlgang, in dem *Rüütel* siegte. Letztlich war es offensichtlich von großer Bedeutung, dass die Landbevölkerung sich in Tallinn zu wenig repräsentiert fühlte. Zwar war *Lennart Meri* allseits und vor allem in den Städten so beliebt, dass in Meinungsumfragen die Bevölkerung eine dritte Amtszeit für den Amtsinhaber favorisiert hätte, doch der zweimal unterlegene *Rüütel* repräsentierte offenbar gleichermaßen die Ängste der Landbevölkerung vor den Reformen und dem Beitritt zur EU, wie er auch als ehemaliges Mitglied der Kommunisten für viele wählbar war, die eine ähnliche Vergangenheit haben. Bemühungen der Vaterlandsunion, mit Hilfe der Zentrumspartei in letzter Sekunde die Wahl scheitern zu lassen, um eine erneute Runde im Parlament zu erzwingen, zu der man sich dann mit den Koalitionspartnern hätte einigen können, scheiterten. So siegte *Arnold Rüütel* im zweiten Wahlgang gegen *Toomas Savi* mit 186 zu 155 Stimmen.

2. Lettland 1998

Die Wahlen zur siebten Saeima fanden in einem Klima statt, welches die Klärung der politischen Bühne verlangte. Die vorherigen Wahlen hatten die Mehrheitsbildung fast verunmöglicht und über vier Jahre eine Allparteienregierung erforderlich gemacht, die als solche nur wegen des Zerfalls einiger Fraktionen nicht über die ganze Legislaturperiode erhalten geblieben war. Die Opposition bildete de facto die Partei der Volksharmonie allein. Das führte politisch zur Stagnation. Ziemlich zu Beginn der Legislaturperiode waren mit der Partei des deutschen Rechtsaußen *Joachim Siegerist*, Volksbewegung für Lettland, und der Partei der Einheit zwei Parteien aufgegeben worden. Dieses Schicksal sollte 1998 außerdem auch die neben *Siegerist* zweite Siegerin der Wahlen von 1995 treffen, die Demokratische Partei Hausherr, welche zwar eine tragende Säule der Koalition gewesen war, sich im Konzert der überwiegend liberal-konservativen Koalitionspartner jedoch

kaum Gehör zu schaffen vermocht hatte. Dies freilich war darauf zurückzuführen, dass es sich weniger um eine programmatisch ausgefeilte Partei denn um einen populistischen Wahlverein um den Vorsitzenden *Ziedonis Cevrs* handelte.

2.1 Neue Parteien

Noch im Frühjahr 1998 trug die Gründung zweier neuer Parteien zur Klärung der politischen Bühne bei: der Neuen Partei unter Vorsitz des sehr bekannten und populären Komponisten *Raimonds Pauls*¹⁰ und der Volkspartei unter Führung des früheren Ministerpräsidenten *Andris Šķele*.

Während sich die erste anfangs lange programmatisch nicht festlegen wollte, ist das Manifest der zweiten ambitiös. Die Neue Partei erlaubte sich über eine lange Phase, keinen programmatischen Standpunkt zu beziehen. An dieser Linie wurde sogar festgehalten, nachdem die Partei offiziell gegründet worden war mit dem Hinweis, man werde sich erst anlässlich eines weiteren Parteitages festlegen. Dabei wurde grundsätzlich nicht ausgeschlossen, eine eher sozialdemokratische Richtung vertreten zu wollen. Die Rolle von *Raimonds Pauls*, welcher während der Umbruchphase politisch aktiv gewesen war, sich dann aber als Künstler zurückgezogen hatte, war ebenso zweifelhaft. So war mit *Ainars Šlesers* einer der wesentlichen Exponenten der Partei als örtlicher Chef einer norwegischen Unternehmensgruppe in Lettland tätig, welche das größte Kaufhaus in der Rigaer Altstadt führt. Derselbe Konzern renovierte einen Gebäudekomplex im zentral gelegenen Vermanes Park, der anschließend unter dem Namen „Musikalisches Zentrum Raimonds Pauls Vernbisaza“ als größte Diskothek des Baltikum seine Pforten öffnete. Das Manifest der Volkspartei spricht von Vaterlandsliebe, Heimatrecht und Einsatz für die Entwicklung des lettischen Staates – bildhaft verdeutlicht darin, dass eine Familie mit drei Kindern bei Doppelverdienern sozial abgesichert sein müsse. Im Detail wies die Partei auf wesentliche Schwachstellen des Reformprozesses inklusive der fehlenden Identifikation mit dem demokratischen System hin, ohne jedoch Lösungen aufzuzeigen. Außerdem fehlten nicht so populistische Forderungen wie das Hissen der Flagge zu Beginn jedes Schultages, Untersuchungen gegen korrupte Beamte und die Subventionierung des öffentlichen Verkehrs, der sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande in den letzten Jahren stark reduziert wurde. Interessant ist das Moralverständnis, das hier dem kategorischen Imperativ gleichkommt und im Zweifelsfall gar vor ein Ehrengericht der Partei getragen werden soll. Unklar bleibt die Einstellung zur russischen Bevölkerung, die zu respektieren sei, während die Partei andererseits ein lettisches Lettland fordert. Unter den detaillierten Forderungen sticht besonders hervor, dass die Volkspartei die Schuld an den schwierigen Bedingungen einer nicht enden wollenden Übergangsperiode, die das Überleben des lettischen Volkes gefährde, den eigenen Politikern gibt, so als würden dieselben Probleme in anderen Transformationsstaaten nicht bestehen und als gäbe es in den eigenen Reihen nicht genug altgediente Politiker, den Ex-Regierungschef an vorderster Front. Freilich spricht man damit dem Volk aus der Seele.

Aus der Listenkoalition der Sozialdemokraten war inzwischen auch eine Partei unter dem Namen Sozialdemokratische Vereinigung geworden, die allerdings nach wie vor nicht ganz verleugnen kann, dass sie aus einer postkommunistischen Fraktion und einer anti-kommunistischen Fraktion besteht.

¹⁰ *Raimonds Pauls* gehörte zu den wichtigsten Künstlern von Rang in der Sowjetunion. Seine Schlager waren nicht nur in allen Republiken bekannt, *Pauls* arbeitete auch mit Sängern anderer Nationen zusammen und schrieb für zahlreiche Filme die Musik.

Aber es gab nicht nur Neugründungen, sondern auch eine gleichzeitige Konsolidierung. So ging die Partei der Volksharmonie von *Jurkans* endgültig mit Gleichberechtigung zusammen und bildete die Fraktion „Für die Rechte des Menschen in einem vereinigten Lettland“. Für manchen Beobachter kam das überraschend, weil die TSP den Sozialisten zwar nahe stehe, so *Matthes* noch im Wahljahr, mit ihnen aber wegen ihrer lettischen Klientel nicht kooperieren könne. Hintergrund ist freilich, dass die TSP aus der Volksfront kommt, während die Sozialisten in direkter Nachfolge der Interfront stehen. Doch die Ansicht, die Fusion sei politischer Selbstmord, war schon zum Zeitpunkt der Veröffentlichung überholt, ein deutliches Zeichen dafür, dass alte Gräben langsam überwunden werden. *Artis Pabriks* vertritt dennoch 1998 vor der Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes die Ansicht, dass der lettische Staat seine Existenz mit einer Politik gefährdet, die darauf abzielt, die nicht lettischen Bevölkerungsteile von einer Integration auszuschließen. Lettland sei noch weit entfernt von einem ausbalancierten Verhältnis zwischen kommunitarischer Mentalität und Individualismus¹¹.

2.2 Wahlergebnis

Das Ergebnis 1998 war erheblich klarer als drei Jahre zuvor und brachte zumindest teilweise eine Konsolidierung des Parteiensystems. Mit Lettlands Weg, Für Vaterland und Freiheit/Lettlands Nationalkonservative Partei (TB/LNNK)¹² sowie der Partei der Volksharmonie zogen drei Parteien in das neue Parlament ein, die nunmehr in der dritten Legislaturperiode konstant existieren. Allerdings ergaben sich auf beiden politischen Seiten auch deutliche Veränderungen mit dem Einzug der Volkspartei, die aus dem Stand die stärkste Fraktion zu bilden vermochte, und der Sozialdemokraten. Dabei sollte es sich in den folgenden Jahren als besonders problematisch erweisen, dass diese „Programmpartei“ ihrem Namen nur bedingt gerecht wird und die Mehrheitsfindung erschwert. Somit gab es neben drei „traditionellen“ auch drei neue Parteien im Parlament, von denen zwei erst wenige Monate zuvor gegründet worden waren. Diese hohe Volatilität ist wiederum eher als Zeichen von Instabilität zu werten.

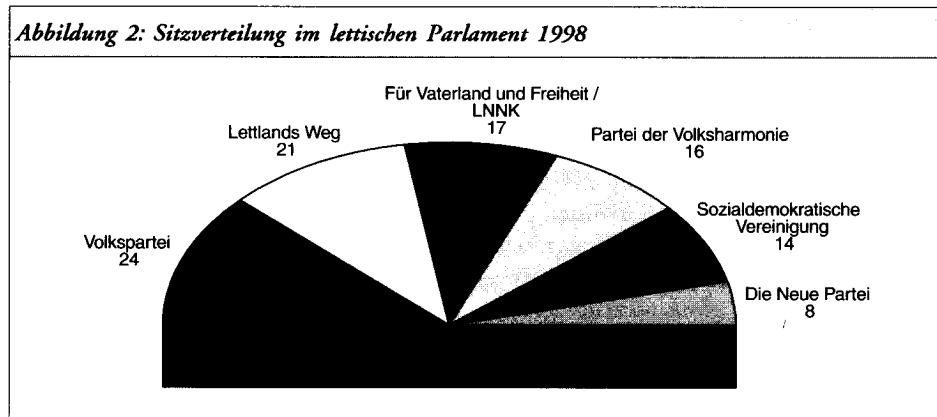
Die lettische Soziologin *Brigita Zepa* sieht im Wahlergebnis von 1998 – nach dem zersplitterten Parlament von 1995 – die Reife des Elektorats. Nicht mehr emotional sei bei der Wahl entschieden worden wie noch 1995, sondern rational. Ins Parlament gelangten Politiker und Parteien mit Erfahrung, und selbst in jenen Fällen, in denen neue Parteien einzogen, handelte es sich um Gruppen mit erfahrener Führung an der Spitze¹³. Das mag auf *Andris Šķele* sicher zutreffen, bei *Raimonds Pauls* als Galionsfigur der Neuen Partei ist das eher fraglich.

Immerhin scheinen die Spitzen des populistischen Phänomens gebrochen: Den Siegern von 1995, *Cevers* und *Siegerist*, die beide ganz eklatant gegen ihre Koalitionsversprechen verstoßen hatten, gelang der Einzug ins Parlament 1998 nicht wieder. Auch die Progno-

11 Vgl. *Artis Pabriks*, Komunitarisma un individualisma vertību ietekme uz politiskās nācijas veidošanos Latvijā; in: *Pilsoniska apzina*, Riga 1998, S.107f.

12 Die Partei hat ihren Namen „Unabhängigkeitsbewegung“ vor Jahren gegen den der nationalkonservativen Partei ausgetauscht, ohne aber die alte Abkürzung abzuschaffen.

13 Vgl. *Brigita Zepa*, Kad velesanu kaislibas paguvus norimt, diena 20. April 1999.



se, dass zunehmend ideologische Themen akzeptierter sein werden und damit die Wählbarkeit der Sozialdemokraten steigt, erwies sich für 1998 als richtig. Was die Konsolidierung des Parteiensystems betrifft, so zitiert *Manfred Kerner* die Diskussion aus dem Jahre 1995 in der lettischen Presse, dass nur *Škele* oder der Chef der lettischen Bank, *Einars Repse*, in der Lage seien, eine wirtschaftsliberale Partei zu gründen. Rückblickend klingt das zynisch, ist doch die Volkspartei durch das Popularitätstief von *Škele* in ihrer Existenz bedroht, während just 2001 der Notenbankchef als neuer Stern am Himmel auftaucht, womit erneut die fehlende Identifikation mit Parteien und Ideologien und die Wichtigkeit populärer Politiker herausgestrichen wäre¹⁴.

Warum *Zepa* angesichts des Erfolgs von Sozialisten, Sozialdemokraten und der Partei der Volksharmonie meint, es seien nur rechts- und zentrumsorientierte Parteien ins Parlament eingezogen¹⁵, ist nicht nachvollziehbar. Nichtsdestotrotz ist die Westintegration in Lettland bis hin zur Partei der Volksharmonie akzeptiert, was bedeutet, dass es keine Alternative zum eingeschlagenen Kurs gibt oder wenigstens keine politische Kraft, die dies mit parlamentarischem Erfolg propagieren könnte¹⁶. Das ähnelt der Darstellung der estnischen Situation durch *Toomla* und widerspricht *Dieter Segerts* Auffassung, der die Parteien ethnischer Minderheiten – Lettland explizit als Beispiel erwähnend – als Anti-System-Parteien qualifiziert¹⁷.

Freilich sind diese Bewertungen schon deshalb schwierig, weil es im europäischen Sinne kaum eine Linke geben kann, weil staatsinterventionistische Vorstellungen mit kosmopolitischen wenigstens in Estland und Lettland nicht zusammenfallen. Die lettische Politologin *Ilze Ostrovska* bezeichnete ebenfalls die Partei der Volksharmonie als „scharf vom

14 Vgl. *Manfred Kerner/Mārcis Gobið*, Politische Parteien in Lettland. Persönlichkeiten, Programme, Perspektiven; in: *Osteuropa* 47 (1997), S. 149.

15 Vgl. *Brigita Zepa*, Kad velesanu kaislibas paguvus norimt, diena 20. April 1999.

16 Vgl. *Steven Arons*, Die Pubertät der lettischen Politik. Saeima-Abgeordnete im Gespräch; in: *Manfred Sapper*: Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas, FKKS Januar 2000, S. 82.

17 Vgl. *Dieter Segert*, Parteien und Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratien Osteuropas; in: *Wolfgang Merkel* (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen 1997, S.67.

Zentrum nach links¹⁸. Obwohl diese Partei tatsächlich wirtschaftspolitisch eher auf sozialdemokratischer Linie liegt, begründet *Ostrovskā* diese Einschätzung aber mit der Orientierung nach Osten.

2.3 Regierung *Kristopans*

Für viele – einheimische – Beobachter schien es 1998 klar, dass der populäre ehemalige Ministerpräsident und relative Wahlsieger *Andris Šķele* die Regierung bilden würde. Da sich der Vorsitzende der Volkspartei bei den meisten Parteien hinreichend unbeliebt gemacht hatte, versuchten die zwei größten Partner der bisherigen Regierung ein neues Bündnis ohne die Volkspartei zu erreichen. Gemeinsam mit der Neuen Partei gelang es, eine Minderheitsregierung zu bilden, die sich weitgehend auf die Zustimmung durch die Sozialdemokraten stützen konnte, denen Für Vaterland und Freiheit wie auch die Neue Partei in einigen Punkten recht nahe steht. Den Ministerpräsidenten stellte *Vilis Kristopans*' Lettlands Weg. Für viel Aufmerksamkeit sorgte im Kabinett der Wirtschaftsminister: *Ainars Šlesers*, Leiter der lettischen Niederlassung eines norwegischen Unternehmens, gilt als Selfemademan, weil er ohne über einen Hochschulabschluss zu verfügen sehr reich geworden war. Just diese Tatsache machte ihn jedoch zu einem Hauptangriffsziel der Presse, was er durch den einen oder anderen unglücklichen Kommentar, der mit seinem Ressort nichts zu tun hatte, noch herausforderte.

Nach den ersten Monaten der parlamentarischen Stützung des Kabinetts bestand der Wunsch auf Seiten der Regierungsparteien, ihrer Koalition eine Mehrheit zu verschaffen. Auch drängte die LSDSP zunehmend in die Regierung. Dem kam jedoch der Sturz des Kabinetts nach der Wahl der neuen Präsidentin zuvor.

2.4 Präsidentschaftswahl: *Vaira Vīķe-Freiberga*

Vaira Vīķe-Freiberga war als Außenseiterin in einem Abstimmungs-marathon von sieben Wahlrunden ins Amt gewählt worden und letztlich ein wesentlicher Auslöser für den Fall der Regierung von *Vilis Kristopans*. Für Lettlands Weg kandidierte der nach wie vor populäre *Anatolijs Gorbunovs*, der Komponist *Raimonds Pauls* für die Neue Partei, deren offizieller Chef er ist, ohne wirklich in der Politik aktiv zu werden. *Vaira Paegle* war die Kandidatin der Volkspartei. In keinem der ersten fünf Wahlgänge konnte ein Kandidat die nötigen 51 Stimmen in der Saeima auf sich vereinigen, obwohl der Kandidat mit dem jeweils schwächsten Ergebnis ab dem dritten Wahlgang nicht mehr kandidieren darf.

Das ungewöhnliche Wahlrecht sieht allerdings nach fünf erfolglosen Runden die Möglichkeit vor, neue Kandidaten zu benennen, was Lettlands Weg mit *Valdis Birkavs* und die Neue Partei mit ihrer Wirtschaftsministerin *Ingrīda Udre* auch taten. Volkspartei und Für Vaterland und Freiheit nominierten die von Intellektuellen in der öffentlichen Diskussion schon lange vor dem Wahltag favorisierte *Vīķe-Freiberga*.

18 Vgl. *Ilze Ostrovskā*, 6. Saeimas vēlēšanās: izvēle un rezultāti; in: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls Nr. 7, Mai 1996, S. 46f.; („ass no centra pa kreisi“).

2.5 Regierung Škele

Als Škele 1998 trotz großen Wahlerfolges der Volkspartei keine Regierung bilden konnte, wurde das baldige Ende seiner Partei prophezeit. Doch die Volkspartei machte während der achtmonatigen Regierung von *Vilis Kristopans* den Konservativen von Für Vaterland und Freiheit immer wieder Avancen. Man beteilige sich an keiner Regierung ohne diese Partei, hieß es.

Am deutlichsten wurde diese Politik bei der Verabschiedung des umstrittenen Sprachgesetzes. Die Nationalisten wollten durchsetzen, dass alle öffentlich zugänglichen Veranstaltungen mit lettischer Übersetzung stattfinden müssen. Dieser Entwurf wurde auch mit den Stimmen der Volkspartei bestätigt, obwohl die im Sommer 1999 ins Amt gewählte Präsidentin schon im Hinblick auf die internationalen Reaktionen und die Empfehlungen der OSZE ihren Widerstand angekündigt hatte. Sie wies das Gesetz ans Parlament zurück, wo eine deutlich liberalisierte Fassung von Lettlands Weg und Volkspartei gegen Für Vaterland und Freiheit durchgesetzt wurde.

Aber nicht diese nicht eingehaltenen Versprechen wurden Škele zum Verhängnis. Für Vaterland und Freiheit hatte sich zwar dazu hinreißen lassen, mit Hilfe der Volkspartei den verhassten und unpopulären *Kristopans* zu stürzen. Aber Lettlands Weg blieb trotzdem dritter Partner auch in der neuen Koalition, in der die Schwierigkeiten mit der Persönlichkeit *Škele* nicht überwunden werden konnten. Auch *Škele* selbst lernte nicht aus seinen früheren Fehlern, die Partner durch einen autokratischen Regierungsstil vor den Kopf zu stoßen; zu sicher fühlte er sich wohl nun mit seiner Hausmacht, der größten Partei im Parlament.

2.6 Regierung Berzins

Und so war es erneut Für Vaterland und Freiheit, die gegen Škele opponierte und mit ihm die zweite Regierung innerhalb einer Legislaturperiode zu Fall brachte. Lettlands Weg als zweitgrößter Partner konnte die Gunst der Stunde nutzen und das Amt des Ministerpräsidenten wieder erlangen. Nominiert wurde der populäre und für sein ausgeglichenes Wesen bekannte damalige Bürgermeister der Hauptstadt Riga, *Andris Berzins*. Prinzipiell wurde die neue Regierung schnell gebildet, weil sich weder an den Partnern noch am Kabinett so viele Veränderungen ergaben. Die Neue Partei war an der neuen Regierung teilweise beteiligt. Zwar stellt sie keinen Minister, auch ist die Fraktion gespalten in Abgeordnete, die Mitglieder der Partei sind und solche, die sich in Opposition zu der namensgebenden Partei stellen, aber weitgehend kann *Berzins* auf deren Unterstützung zählen, weshalb das Kabinett recht breit abgestützt ist.

3. Litauen 2000

3.1 Neue Parteien

Gegen Ende der Legislaturperiode gab es einige grundlegende Änderungen im Parteiensystem Litauens. Unter der Führung des früheren Präsidenten und Kommunistenchefs *Algirdas Brazauskas* gelang es zunächst, die gewendeten ehemaligen Kommunisten mit den Sozialdemokraten zu einer Sozialdemokratischen Koalition zu vereinigen. Darüber hinaus gründete der frühere Generalstaatsanwalt, *Arturas Paulauskas*, die Neue Union (Sozialliberale).

Aber damit nicht genug: Der frühere Regierungschef der Heimatunion, *Rolandas Paksas*¹⁹, wechselte in die bis dahin nur als Splitterpartei bekannten Liberale Union, die noch 1992 ob ihrer radikal liberalen Linie während der wirtschaftlichen Durststrecke eher die Ängste der Menschen schürte, denn Wählerstimmen gewinnen konnte²⁰. *Paksas*, der für die Heimatunion Bürgermeister von Vilnius gewesen war, bevor er im Jahre 1999 für einige Monate Regierungschef wurde, war auf Grund seiner Ablehnung des Verkaufs der litauischen Ölfirma Mazeiku Nafta zurückgetreten, nachdem er sich in der Koalition mit seiner Position nicht hatte durchsetzen können. Der Ex-Premier setzte seine Karriere von Herbst 1999 bis März 2000 als Berater des Präsidenten in Energiefragen fort und wurde im April erneut zum Bürgermeister von Vilnius gewählt. Mit *Paksas* Wahl zum Vorsitzenden übertrug sich seine aus diesem Widerstand resultierende Popularität auf die Partei, deren Zustimmung 1999 sprunghaft stieg.

3.2 Wahlergebnis

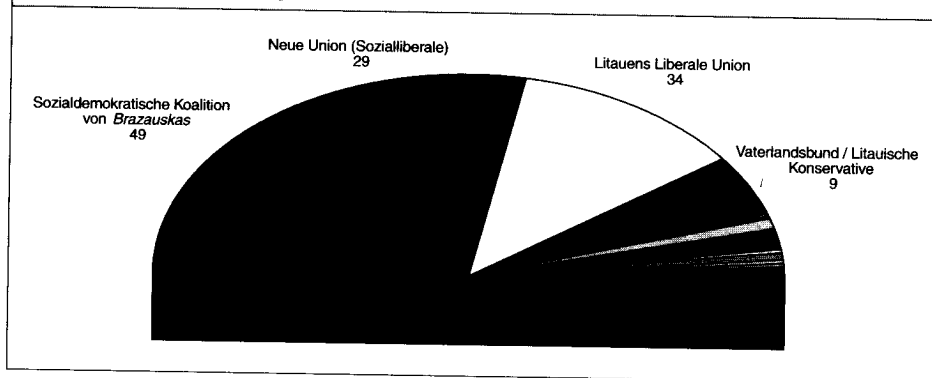
Dass die Gewinner der Wahl *Brazauskas*, *Paulauskas* und *Paksas* sein würden, war absehbar. Nicht nur fiel die Popularität der Regierungsparteien, während jene der neuen Oppositionsbewegungen stieg; die im Frühjahr durchgeführten Kommunalwahlen brachten diesen Parteien auch einen eindeutigen Sieg. Die Partei von *Paulauskas* war lange Spitzenreiter bei Meinungsumfragen, was sich erst durch die kurzfristige erneute Einmischung des Pensionärs *Brazauskas* in die Politik änderte.

Nach der Wahl schien eine Koalition zwischen der Sozialdemokratischen Union von *Brazauskas* und der Neuen Union von *Paulauskas* nahezuliegen, weil nicht nur letztere sich in Klammern sozialliberal nennt, sondern auch wegen des persönlichen Kontakts zwischen den Galionsfiguren beider Formationen. Als *Brazauskas* bei den letzten Präsidentschaftswahlen aus Altersgründen und weil er das Amt nicht mit seiner kommunistischen Vergangenheit belasten wollte nicht mehr kandidierte, unterstützte er *Arturas Paulauskas*, der dann aber seinem aus Amerika zurückgekehrten Gegner und gegenwärtigen

19 *Paksas* war von 1992 bis 1997 Chef einer Baufirma. Ab 1997 Bürgermeister von Vilnius für die Heimatunion.

20 Vgl. *Algis Krupavicius*, Political Results of the Seimas Elections of 1996 and Formation of the Cabinet: The Third Turnover; in: *Algis Krupavicius* (Hrsg.), Lithuania's Seimas Election 1996: The Third Turnover, Berlin 2001, S.138.

Abbildung 3: Sitzverteilung im litauischen Parlament 2000



AmtsInhaber knapp unterlag. *Brazauskas* erklärte jedoch kurz nach der Wahl, dass nun seine Mentorenschaft für den jungen Politiker ende.

Das Wahlergebnis hat die bisherige Struktur des litauischen Parteiensystems komplett umgekrempelt. Nicht zuletzt auf Grund des Wahlsystems hatte sich bis dato eine Zweiparteienherrschaft, geprägt von einem Gegeneinander des Konservatismus und der Sozialdemokratie, krassem und sanftem Nationalismus, über nahezu drei Legislaturperioden herausgebildet, zählt man die Founding Elections von 1990 mit. Aber diese Cleavage-Struktur war nicht tief genug verankert. Mit dieser Entwicklung wurde ein vielfach wiederholtes Urteil hinfällig, welches noch 1998 auch der litauische Politologe *Krupavicius* erwähnt, das Parteiensystem seines Landes entspreche den traditionellen ideologischen Standards Westeuropas und sei seit 1992 in dem Sinne stabil, weil immer die gleichen Parteien ins Parlament kämen²¹. Dieser Auffassung widerspricht bereits das Ergebnis einer Studienreise vom Januar 2000: „Überhaupt drängt sich der Eindruck auf, dass sich die Konfliktlinien, entlang derer Parteienbildung in Litauen stattfindet, von jener in den westeuropäischen Staaten unterscheidet“²². Spätestens seit den Wahlen 2000 muss die angenommene Bipolarität als überholt gelten, was die Frage nach der angeblichen Polarisierung in Litauen neu aufwirft. *Ole Nørgaard* stellte schon 1996 fest, dass das sich abzeichnende Zwei-Parteien-System in Litauen wohl zu schwach sei²³.

Wie oberflächlich eine solche Betrachtung ist, zeigt auch der Umstand, dass sich in Litauen immer wieder nach den Wahlen einige noch zur Wahl gemeinsam angetretene Listen aus taktischen Gründen in mehrere Fraktionen aufteilen. Die drei Abgeordneten der gemeinsam mit den Sozialdemokraten angetretenen Neuen Demokratischen Partei Litauens von *Kazimiera Prunskėne* entschlossen sich aus diesem Grund, eine eigene Gruppe der Abgeordneten im Seimas zu gründen, um die Kraft der Opposition zu streuen²⁴.

21 Vgl. *Algis Krupavicius*, Partiju attistiba Lietuva un to starptautiskie sakari, in: *Baltijas valstis likteņgriezios*, Riga 1998, S. 160.

22 Vgl. *Sabine Wölkner*, Litauen – eine konsolidierte Demokratie? Der Stellvertretende Parlamentsvorsitzende *Ozolas* zum Parteiensystem, in: *Manfred Sapper*, Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas, FKKS Januar 2000, S. 31.

23 Vgl. *Ole Nørgaard*, (Hrsg.), *The Baltic States after Independence*, Brookfield US 1996, S. 221.

24 Leider ist es unmöglich, den Widerspruch der Homepage aufzuklären, warum die Partei, die

Der litauische Demoskop *Vladas Gaydis* interpretiert dieses Ergebnis dahingehend, dass die Wahl eine Anti-Establishment-Wahl war. Das ist nur insofern schlüssig, als die Regierung abgewählt wurde und ein Volksheld der jüngeren Zeit sowie eine alte Integrationsfigur gewonnen haben. Nichtsdestotrotz sind die drei Wahlsieger *Brazauskas*, *Paksas* und *Paulauskas* keine politischen Neulinge, sondern alte Profis, die bestenfalls in dem Ruf standen, für die jüngste Entwicklung nicht mit verantwortlich zu sein. *Brazauskas* war Rentner, *Paulauskas* Verlierer und *Paksas* Märtyrer.

3.3 Regierungsbildung

Mit *Brazauskas* ist ein Politiker aus der Vergangenheit in die Tagespolitik zurückgekehrt, der sich durch das Ergebnis berufen fühlte, die Regierung bilden zu dürfen. Doch wider Erwarten schienen sich die beiden anderen Sieger einig genug, sodass Präsident *Adamkus* seinem Vorgänger den Auftrag nicht erteilte. *Brazauskas* kündigte an, in Rente gehen zu wollen.

Eine Untersuchung der Wahlprogramme von *Krupavicius* soll zeigen, wie nahe sich die Neue Union und die Liberalen in den Fragen Freiheit, soziale Sicherheit und Ordnung stehen. *Krupavicius* Zahlen zeigen allerdings auch die ideologisch noch größere Nähe der Liberalen zur Heimatunion von *Landsbergis*, was wenig überrascht und angesichts der Mehrheitsverhältnisse noch keine andere Koalition zuließe. Die Neue Union gab sich ihrerseits tatsächlich weniger sozialdemokratisch, als der Name vermuten lässt. *Paulauskas* war es offensichtlich wichtiger, nicht nur in der Regierung zu sein, sondern neben einem unausweichlich größeren Partner nicht ganz so klein zu wirken. Der Einfluss in einer Koalition mit den Sozialdemokraten hätte gegebenenfalls kleiner ausfallen können.

Nichtsdestotrotz ist auch die Liberale Union ein schwieriger Partner, verfügt sie doch über eine elaboriertere Plattform zur Regierungsbildung, allem voran einen Kreis von Führungskadern um *Rolandas Paksas*, während die Neue Union neben *Paulauskas* keine Personaldecke hat. Nach Ansicht von *Krupavicius* und *Gaydis* wurde aus diesem Grunde *Paksas* Regierungschef und *Paulauskas* Parlamentspräsident²⁵. *Paulauskas* versuchte, eine Parität der Minister in der neuen Regierung zu erzwingen, was jedoch nicht gelang.

3.4 Regierungskrise

Kritisch erwiesen sich für die neue Regierung die Mehrheitsverhältnisse. Die bestehende Regierung hatte nur eine Minderheit der Abgeordneten hinter sich, weil die Liberale Union nur 33 Mandate, die Sozialliberalen nur derer 29 haben. Mit der Vereinigten Fraktion, der Zentrumsunion, der Union der Modernen Christdemokraten und der

für den früheren Regierungschef *Vagnorius* angegeben ist, auf der Parteienliste nicht erscheint, während *Vagnorius* in der Liste der gewählten Abgeordneten auch nicht als Unabhängiger verzeichnet ist. Es war schon immer ein Problem der Litauer, dass sie die Ergebnisse ihres Grabenwahlsystems nicht hinreichend aufzubereiten in der Lage sind.

²⁵ *Gaydis* und *Krupavicius* anlässlich eines Workshops zum Wahlergebnis in Kaunas im Oktober 2000.

Wahlvereinigung der Polen Litauens kontrollierte *Paksas* im Seimas zusammen nur 70 von insgesamt 141 Sitzen. So war die Koalition auf die Stimmen unabhängiger Abgeordneter und Vertreter kleiner Parteien angewiesen.

Eine Schlüsselrolle spielte auch hier *Adamkus*. Der Präsident hatte vor dem Auseinanderbrechen der Koalition diese wiederholt kritisiert und betont, dass es ein demokratisch normaler Prozess sei, wenn die Sozialdemokraten als stärkste Fraktion in die Regierung drängen. Auch der Präsident scheint eine Beteiligung der früheren Kommunisten an einer stabilen Regierung für wichtiger gehalten zu haben, denn eine von den Liberalen führte.

Die Regierung *Paksas* stürzte schließlich auf Grund ihrer inneren Zerissenheit. Es stellte sich heraus, dass die von *Paksas* bevorzugte Reformpolitik von den Sozialliberalen nicht mitgetragen wurde. Somit stellte sich innerhalb weniger Monate heraus, dass die Nähe zwischen ihnen und den Sozialdemokraten doch deutlich größer ist.

3.5 Veränderungen im Parteiensystem

Die Christlich Demokratische Partei, die von 1996 bis 2000 Bestandteil der Koalitionsregierung der Konservativen war, hatte sich 2000 gespalten, wobei die Modernen Christdemokraten entstanden. Zunächst gab es anschließend zur Kommunalwahl 2000 eine Zusammenarbeit mit der Bauernunion, die dann aber auch wieder zerbrach. 2001 schließlich vereinigten sich zwei christdemokratische Parteien, die Union der Christdemokraten von *Kazys Bobelis* und die Christdemokraten des ehemaligen Außenminister *Algirdas Saudargas*. Dieser Schritt ist als Folge der Niederlage 2000 zu sehen, als keine der beiden Parteien ins Parlament einziehen konnte, lediglich der Vorsitzende der nun vereinigten Partei, *Bobelis*, erwarb ein Direktmandat.

Neben dieser Partei gibt es noch eine dritte christdemokratische Partei, die im Seimas mit drei Abgeordneten vertreten ist: die Union der modernen Christdemokraten, die als Teil der Vereinigten Fraktion die Koalition von *Rolandas Paksas* unterstützt hat.

4. Fazit: Parteien wachsen in Osteuropa mit den Cleavages

Unter der Fülle von Modellen, die für Parteiensysteme in westeuropäischen Staaten entwickelt wurden, findet sich wenig, was mehr als nur eine rudimentäre Erklärung liefern würde. Der Ansatz von *Seymour Martin Lipset* und *Stein Rokkan* beruht auf Gesellschaften, die sich demokratisierten und in diesem Rahmen ein Parteiensystem ausgebildet haben. Als die Strukturen konsolidiert waren, wurde das Parteiensystem zunächst eingefroren, war aber zum Ende des 20. Jahrhunderts für Veränderungen durchaus offen. In Verbindung mit der Transformationstheorie und ihrem Drei-Stufen-Modell von Demokratisierung, Transformation und Konsolidierung steht daher ein gravierendes Fragezeichen hinter der Entwicklung der Parteiensysteme auch im Baltikum, denn die osteuropäischen Demokratien sind nach wie vor ungefestigt. Das soll nicht heißen, dass ein Rückfall in die Autokratie droht, selbst wenn die Suche nach der integrierenden Führerfigur weit verbreitet ist. Vielmehr heißt dies, dass sich der Pluralismus auch angesichts einer sich

erst diversifizierenden Gesellschaft erst noch durchsetzen muss. Einstweilen gilt die Vertretung von Interessen oftmals noch als unfein. Fraglos ist diese kollektivistische Einstellung eine Spätfolge sozialistischer Ideologie.

Wie die Zersplitterung in den Parlamenten beweist, ist die Suche nach der starken Hand jedoch relativ erfolglos – die Geschichte wiederholt sich eben nicht notwendigerweise. So bleibt die Demokratie „the only game in town“, beinahe wider Willen. Darin bewahrheitet sich, wie *Peter Mair* sagt, die Tendenz der Eliten zu Konfrontation statt Kompromiss²⁶ wie der völlig unsinnige und meist inhaltsleere Streit zwischen dem Bürgermeister der Hafenstadt Ventspils, *Aivars Lembergs*, und *Andris Šķele* in Lettland zeigt. Doch jüngst hat sich dieses Verhältnis deutlich gebessert. Ein Zeichen für wachsende Politikfähigkeit?

Axel Reetz

26 *Peter Mair*, Party System Change. Approaches and Interpretations, Oxford 1996, S.193.

Die radikale Rechte in den Transformationsgesellschaften Mittel- und Osteuropas: Konzept, Konturen und Kontext

Während der gegenwärtige Rechtsradikalismus in Deutschland beziehungsweise in westlichen Demokratien überhaupt Gegenstand einer inzwischen recht breiten, wenngleich nicht immer erhellenden Forschung ist, liegt das Phänomen in den Transformationsgesellschaften in Mittel- und Osteuropa¹ noch weitgehend im Dunkeln. Die Beschäftigung damit beschränkt sich auf einige Essays, einige Länderstudien und eine Reihe von Beiträgen zu Sammelbänden². Dabei sind mit einer Ausnahme³ die Beiträge zum osteuropäischen Rechtsradikalismus in diesen Sammelbänden lediglich Ergänzungen zu Abhandlungen, die sich auf westliche Demokratien beziehen. Der größere Teil dieser Literatur ist eher länderspezifisch als vergleichend, wobei der Situation in Russland die größte Auf-

1 In diesem Aufsatz werden die Begriffe „Mittel- und Osteuropa“ und „Osteuropa“ als austauschbar benutzt und bezeichnen dieselbe Gruppe von ehemals staatssozialistischen Ländern der Region.

2 Vgl. zum Beispiel *Luciano Cheles* u.a. (Hrsg.), *The Far Right in Western and Eastern Europe*, London/New York 1995; *Peter Merkl/Leonard Weinberg* (Hrsg.), *The Revival of Right-Wing Extremism in the Nineties*, London 1997; *Paul Hainsworth* (Hrsg.), *The Politics of the Extreme Right: From the Margins to the Mainstream*, London 2000.

3 *Sabrina Ramet* (Hrsg.), *The Radical Right in Central and Eastern Europe*, University Park, PA, 1999.